

23.11.2006

## **Zeitenwende am Vardar**

### **Der EU-Beitrittskandidat Mazedonien und seine neue konservative Regierung**

Die konservative Partei VMRO-DPMNE war am 5. Juli 2006 klar als Sieger aus den Parlamentswahlen in Mazedonien hervorgegangen, dennoch dauerte es nochmals knapp zwei Monate, bis der Parlamentspräsident am 26. August verkünden konnte, dass Mazedonien wieder eine neue Regierung hat. Vorangegangen war ein Tauziehen, wer als Koalitionspartner an der Regierung künftig mit beteiligt sein wird. Ministerpräsident Gruevski übernimmt kein leichtes Amt; die Wirtschaft krankt, die Arbeitslosigkeit erreichte Rekordhöhen und die Kassen des Zwei-Millionen-Einwohner Landes sind leer. Die neue Mannschaft der Fünfparteienkoalition hat sich drei wesentliche Ziele für die nächsten vier Jahre vorgenommen: ein Wirtschaftswachstum von mindestens sechs Prozent, den Beitritt zur NATO 2008 und die EU-Integration 2010 bzw. während ihrer erhofften zweiten Amtszeit. Dass es nicht leicht werden wird, weiß man, daher setzt man auch auf ausländische Hilfe. Der Blick richtet sich besonders nach Deutschland, von dem man sich wirtschaftliche Hilfen, Investitionen und vor allem Unterstützung bei der EU-Integration während der deutschen Ratspräsidentschaft erhofft. Um dies zu unterstreichen, reiste Gruevski zu seinem ersten Staatsbesuch nach Berlin, um Bundeskanzlerin Merkel zu treffen.

#### ▪ **Die Bilanz der alten Regierung**

Aus den Parlamentswahlen des Jahres 2002 war eine SDSM<sup>1</sup> - DUI<sup>2</sup> - Koalition hervorgegangen, die über eine komfortable Mehrheit im „Sobranje“ verfügte. Der Konflikt 2001 bescherte der schon einmal regierenden VMRO-DPMNE<sup>3</sup> unter ihrem damaligen Ministerpräsidenten Lubčo Georgievski eine klare Niederlage und der Partei den Beginn eines Spaltungsprozesses. Die SDSM bot sich den mazedonischen Wählern als unverbrauchte Alternative an und die DUI wucherte mit dem Nimbus, für die albanische Sache mit der Waffe in der Hand gekämpft zu haben. Dem konnte die alte VMRO-DPMNE und ihr Koalitionspartner DPA<sup>4</sup> wenig entgegensetzten, machten doch breite Teile der Bevölkerung ihnen den Vorwurf, nichts erreicht zu haben. Im Gegenteil, die Mazedonier beklagten sich, dass die Arbeitslosigkeit und Korruption gewachsen sei und sie sich nach Beendigung des Konflikts durch das Ochridrahmenabkommen (OFA) als Verlierer im eigenen Land fühlten. Die albanische Bevölkerung warf der DPA vor, sich ungenügend für eine Gleichberechtigung der albanischen Minderheit eingesetzt zu haben. Die mit einem großen Vertrauensvorschuss ausgestattete SDSM-DUI Regierung Branko Crvenkovski zeigte jedoch bald, dass auch sie der Korruption erlag. Nach dem Tod von Präsident Boris Trajkovski im Februar 2004 wurde Crvenkovski zum Nachfolger gewählt. Ihm folgte als Ministerpräsident Hari Kostov nach, der bereits wenige Monate später wegen „ausufernder Korruption“ und „Nepotismus“ des Koalitionspartners DUI

---

<sup>1</sup> SDSM = Sozialdemokratische Union Mazedoniens, sie hat sich aus der Kommunistischen Partei Mazedoniens nach der Unabhängigkeit gebildet.

<sup>2</sup> DUI = Demokratische Union für Integration, eine linksgerichtete albanische Partei, die durch Führer der UÇK Mazedoniens nach dem Konflikt 2001 gegründet wurde.

<sup>3</sup> VMRO-DPMNE = Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit. Ursprünglich nur als VMRO 1893 in Thessaloniki gegründet, widmete sie sich dem Befreiungskampf Mazedoniens gegen das Osmanische Reich, zu dem Mazedonien damals gehörte. 1990 wurde die VMRO als Partei wieder gegründet und das Kürzel DPMNE angehängt.

<sup>4</sup> DPA = Demokratische Partei der Albaner, eine rechts-konservative Partei, die 1990 gegründet wurde.

verbittert zurücktrat<sup>5</sup>. Auf Kostov folgte Verteidigungsminister Vlado Bučkovski, der auch keine großen Akzente mehr setzen konnte. Durch die Größe und Struktur des Landes können oft auch kleine Ereignisse die politische Handlungsfähigkeit lähmen. So verhinderte die Diskussion über das Referendum zur Neuordnung der Grenzen der Kommunen und des neuen Gesetzes über die lokale Selbstverwaltung über Monate hinweg andere Entscheidungen. Selbst das Ringen um die Festlegung des Termins für die Kommunalwahlen im März 2005 band alle politischen Kräfte. Alle anderen und zum Teil viel wichtigeren Aufgaben wurden an den Rand gedrängt, Entscheidungen blieben aus. Premier Bučkovskis Versprechen über große ausländische Investitionen und Arbeitsplätze blieben unerfüllt. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit<sup>6</sup> erreichte im Jahr 2005 einen Rekord von fast 40% und das Handelsbilanzdefizit eine Höhe von über einer Milliarde Euro. Der Grund, warum der Staat noch nicht zusammenbrach, sind die fast genauso hohen Transferleistungen der im Ausland lebenden mazedonischen Bürger. Auf der Habenseite sind jedoch die Bemühungen um eine EU-Integration zu verzeichnen. Im März 2004 beantragte die mazedonische Regierung die Mitgliedschaft bei der EU und bekam am 15. Dezember 2005 den Kandidatenstatus verliehen. Man muss allerdings hinzufügen, dass über eine EU-Mitgliedschaft Mazedoniens bei allen Parteien stets ein Konsens herrschte und dies als Staatsziel aller angesehen wird. Bei den Kommunalwahlen zeigte sich schon deutlich, dass manche Ergebnisse der Regierungsparteien bei den Bürgermeistern nicht ohne Unregelmäßigkeiten zustanden gekommen wären. Der Rückhalt in der Bevölkerung war geschwunden, besonders die DUI verlor an Stimmen, insbesondere das Versprechen des Parteichefs Ali Ahmeti, Jobs in die Dörfer zu bringen, blieb unerfüllt<sup>7</sup>. Die Stimmung in der Bevölkerung wandelte sich, in den Medien wurde kritischer berichtet, die Unzufriedenheit wuchs weiter an. Umstrittene Gesetze wie das Pensionsgesetz wurden durch Präsident Crvenkovski gestoppt. Nicht zuletzt dadurch trat auch der Konflikt zwischen Präsident und Premier in der Öffentlichkeit zutage. Obwohl beide der SDSM angehören, waren und sind sie Führer gegnerischer Lager im Kampf um die Macht in der Partei. Die Regierung Bučkovski war nicht mehr Akteur, sondern reagierte nur noch. Ein ungeheuer hoher Reform- und Schuldenberg wurde vor sich her geschoben, aber stets alles als „auf bestem Wege“ sich befindend bezeichnet. Alleine die Schulden der Regierung beim Stromversorger belaufen sich auf rund elf Millionen Euro.

#### ▪ Skandinavische Wahlen und Kalaschnikows

Die internationale Staatengemeinschaft, allen voran die EU und OSZE machten nach den Kommunalwahlen 2005, die von massiven Unregelmäßigkeiten<sup>8</sup> gekennzeichnet waren deutlich, dass die Parlamentswahlen den internationalen Standards entsprechen müssten. Besonders die EU ließ verlauten, dass im Falle gleicher Verhältnisse wie bei den Kommunalwahlen die weitere Integration in Gefahr sei. Damit war die SDSM-DUI Regierung in eine missliche Lage geraten. Einerseits drohte eine Wahlniederlage, andererseits mussten die Erwartungen, gerade die der EU, erfüllt werden. So entwickelte sich ein langes Tauziehen um die Besetzung der lokalen Wahlkomitees und einhergehend um das Wahlgesetz. Die SDSM wollte die Beamten und Angehörigen der Verwaltung einsetzen, die Wahlen durchzuführen. Die Opposition sperrte sich dagegen, da gerade die Beamten und Verwaltungsangestellten in den letzten Jahren nur nach Parteizugehörigkeit eingestellt wurden und witterte schon im Vorfeld Manipulationsmöglichkeiten. Letztendlich einigte man sich nach monatelangem Streit auf eine paritätische Besetzung der Wahlvorstände mit Vertretern von Regierung und Opposition. Damit, so das Argument der VMRO-DPMNE, habe man schon 2002 die weitgehend freiesten Wahlen in der mazedonischen Geschichte organisiert. Von *Skandinavischen Wahlen* war fortan die Rede, obwohl niemand so genau wusste, was das sein soll. Die *Skandinavischen Wahlen* wurden zum Synonym für freie, demokratische und faire Wahlen. Die OSZE entsandte denn auch mehrere Hundert Wahlbeobachter. Die Wahlen an sich verliefen größtenteils ruhig und

---

<sup>5</sup> Vgl. Tageszeitung Dnevnik vom 16.11.2006

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.mtsp.gov.mk/eng/default.htm>. Errechnet nach einer eigenen Formel, die sich im Ergebnis von der deutschen Arbeitslosenquote etwas unterscheidet und einige Prozentpunkte niedriger liegt.

<sup>7</sup> Vgl. [http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=156&document\\_ID=36](http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=156&document_ID=36)

<sup>8</sup> Vgl. [http://www.osce.org/press\\_rel/2005/pdf\\_documents/03-4817-odihr1.pdf](http://www.osce.org/press_rel/2005/pdf_documents/03-4817-odihr1.pdf)

geordnet, lediglich in einigen Orten gab es Unregelmäßigkeiten, die teilweise zur Annullierung des Ergebnisses durch das Oberste Gericht<sup>9</sup> führte. Am späten Abend des 5. Juli stand jedoch fest, die VMRO-DPMNE wird stärkste Partei im Parlament und erhält das Mandat zur Regierungsbildung. Premier Bučkovskis räumte noch in der Nacht vor laufenden Kameras seine Niederlage ein und gratulierte Gruevski telefonisch zum Wahlerfolg. Mit dem Eingestehen der Wahlniederlage besiegelte er auch das Ende der Koalition mit der DUI, die ihrerseits den Verlust der Macht nicht hinnehmen wollte. Unterstützung erhielt die DUI auch durch den *European Union Special Representative* Erwan Fouéré, der sich sogleich für eine Koalition von VMRO-DPMNE und DUI<sup>10</sup> aussprach. Wörtlich sagte er: „*Es ist sehr wichtig, dass alle Parteien, Mazedonische und Albanische, die eine beträchtliche Anzahl an Stimmen erhielten, an den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung teilhaben, natürlich auch die Partei, die die meisten Stimmen der Albaner gewann*“. Mit derartigem Rückhalt ausgestattet, forderte die DUI immer stärker die Beteiligung an der Regierung. Da aber die Gespräche und Verhandlungen mit der VMRO-DPMNE zusehens schlechter verliefen, änderte sich der Tonfall. Als dann die DUI durch die Nachwahl am 19.07. auch noch ein Mandat an die VMRO-DPMNE verlor, drohte der Stellvertretende Premierminister Musa Xhaferi (DUI) sogar mit bewaffneter Gewalt. Die Zeitungen veröffentlichten ein Interview, in dem er erklärte, „... *es könnte eine Rebellion und Gewalt unter den albanischen Wählern entstehen, ebenso die Anwendung von Gewalt, Kalaschnikovs...*“<sup>11</sup>, wenn die DUI nicht in der neuen Regierungskoalition vertreten sein wird. Auch Ali Ahmeti drohte, dass er es nicht ohne weiteres hinnehmen werde, da seine ehemaligen Kampfkommandeure Taten sehen wollen. Zeitgleich, während sich die DUI in der Öffentlichkeit beklagte, liefen die Gespräche mit der VMRO-DPMNE jedoch weiter. Nachdem sich auch bei der internationalen Gemeinschaft immer mehr die Haltung, dass sich nach demokratischen Wahlen die Mandatspartei ihre Koalitionspartner frei wählen sollte, durchsetzte, konnte die DUI nur noch mit Protesten und Straßenblockaden ihrer Forderung Nachdruck verleihen. Anfang August stellte sich immer mehr heraus, dass DUI und VMRO-DPMNE inhaltlich nicht auf einen Nenner kommen, die Gemeinsamkeiten zwischen VMRO-DPMNE und DPA wurden dafür immer deutlicher.

#### ▪ **Pragmatische Koalition?**

Am 28. Juli übertrug Staatspräsident Crvenkovski Nikola Gruevski das Mandat zur Regierungsbildung. Da dieser Schritt schon als sicher galt, fanden die ersten Gespräche zur Koalitionsbildung gleich nach den Wahlen statt. Relativ schnell wurde man sich mit den zwei kleinen Parteien DOM und PEI, die jeweils mit nur einem Abgeordneten im Parlament vertreten sind. Die Vorsitzende von DOM, die vormalige Parlamentsvizepräsidentin Liljana Popovska, war vor den Wahlen aus der Liberaldemokratischen Partei ausgetreten und gründete ihre eigene. Als Vizepräsidentin im Parlament wurde sie Ende 2004 abberufen, da sie sich kritisch über die Regierung während der Zeit des Referendums zur lokalen Selbstverwaltung äußerte. Fiat Canovski, der zur Minderheit der Torbeši<sup>12</sup> gehört, steht der Partei der Europäischen Zukunft PEI vor, die viele ihrer Wähler im landwirtschaftlich geprägten Süden Mazedoniens hat. Popovska und Canovski gelten mit ihren zwei Sitzen bestenfalls als Mehrheitsbeschaffer mit wenig Einfluss, können aber rundweg zufrieden sein, es überhaupt ins Parlament geschafft zu haben. Gruevski wurde rasch klar, dass er für eine komfortable Mehrheit im Parlament eine weitere Partei braucht. Mitte 2005 spalteten sich die Sozialdemokraten, mit dem erfahrenen Tito Petkovski gründete ein als Saubermann geltender Politiker seine eigene Partei, die Neue Sozialdemokratische Partei (NSDP), die der SDSM entscheidende Stimmen kostete. Petkovski brach mit seinen alten Genossen, da er angeblich die Machenschaften einiger SDSM-Funktionäre und Politiker nicht mehr ertragen konnte. Trotz langer Jahre in der Politik, blieb er seiner Vorstellung von der Politik für den Menschen und nicht für den Politiker treu, wie er selbst sagte. Mit sieben Abgeordneten im Parlament stellt die NSDP eine politische Größe dar, die

<sup>9</sup> Am 12.07.2006 entschied der Oberste Gerichtshof, dass die Ergebnisse von 29 Wahllokalen, davon 26 in albanisch bewohnten Gebieten, aufgehoben werden und es zu einer Wahlwiederholung kommt.

<sup>10</sup> Vgl. <http://www.makfax.com.mk/look/novina/article.tpl?IdLanguage=1&IdPublication=2&NrArticle=29564&NrIssue=76&NrSection=10>, Artikel in Makfax vom 10.07.2006

<sup>11</sup> Tageszeitung Dnevnik vom 19.07.2006

<sup>12</sup> Mazedonier, die während der osmanischen Besatzungszeit zum Islam konvertiert sind.

nicht unwichtig ist. Dies wusste Petkovski, und pokerte mit Gruevski um die Regierungsbeteiligung. Aus diesem Grund rechnete sich die VMRO-NP<sup>13</sup> (sechs Abgeordnete) kurzzeitig Chancen aus und spekulierte öffentlich mit möglichen Ministerien. So unter Druck geraten, brach Petkovski seinen Urlaub in Griechenland ab, kehrte sofort an den Verhandlungstisch zurück und einigte sich mit Gruevski noch am Abend des folgenden Tages. Petkovski vereint wie kein anderer für Gruevski Chancen und Gefahren. Mit seiner Partei schwächte er das sozialdemokratische Lager und kostete der SDSM etliche Stimmen, andererseits ist es nicht ausgeschlossen, sich irgendwann wieder mit der Führung der SDSM zu verständigen. Dann könnte er Gruevski mit Bruch der Koalition<sup>14</sup> drohen, sofern die SDSM ihm dafür Avancen macht. Obwohl es derzeit nicht so aussieht, ist sich Gruevski dies stets bewusst. Bei der albanischen DPA hingegen kann sich Gruevski der Unterstützung sicher sein. Entlang der ethnischen Siedlungsgebiete verlaufen auch unterschiedliche Interessen. Die DPA will ihren politischen Einfluss, den sie einst an die DUI verlor, wiedergewinnen. Der Parteivorsitzende Arben Xhaferi, schwerkrank, aber dennoch geistig hellwach, gab schon mehrmals den Rückzug aus der Politik bekannt, blieb jedoch immer im Amt. Er gilt als das ideologische Gehirn der Partei. DPA und VMRO-DPMNE kennen und vertrauen sich, sie wissen, wie sie miteinander umzugehen haben.

#### ▪ **Durchschnittsalter 37 Jahre**

Als der Wahlgewinner Nikola Gruevski (36) die ersten seiner neuen Minister vorstellte, fiel auf, dass es sich durchwegs um Leute um die 30 Jahre handelt. Die meisten stammen aus seinem Umfeld oder dem der Partei. Vielfach gescholten als „unerfahren“ haben alle eine akademische Bildung und sammelten bereits Erfahrungen in Ministerien. Die neue Innenministerin (31) war bereits von 1998 bis 2002 im Finanzministerium bei Gruevski tätig, zuletzt war sie Generalsekretär der VMRO-DPMNE. Während sie als unscheinbare zierliche Person erscheint, ist sie in ihrer Arbeit entschlossen und führungsstark. Außenminister Antonio Milošovski (30) studierte in Bonn, promovierte in Duisburg und war 2000 – 2001 Regierungssprecher. Er wirkt zurückhaltend und wohl überlegt. Jüngster in der Runde ist der Transportminister mit 28, der früher Büroleiter bei Gruevski war. Dem gegenüber steht der knapp 69-jährige Justizminister, der in seiner Karriere bereits Generalstaatsanwalt und Vorsitzender der Antikorruptionskommission war. Aufgefallen war vielen, dass das Wirtschaftsministerium an die NSDP ging, obwohl Gruevski die Wirtschaft zur Chefsache gemacht hat. Nach einem Kompetenztransfer an das Finanzministerium, dass von Prof. Dr. Trajkovski, einem erfahrenen Weggefährten Gruevskis, geleitet wird, war dies kein Hinderungsgrund mehr. Dem Kabinett gehören neben dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten für wirtschaftliche Entwicklung Zoran Stavrevski, der bereits Finanzstaatssekretär war und Weltbankerfahrung hat, auch zwei Minister ohne Portfolio an. Vele Samak und Gligor Tasković, beide lebten in den USA, sollen sich nun um die Förderung von Investitionen aus dem Ausland kümmern. Als jung, dynamisch und smart erscheint Verteidigungsminister Lazar Elenovski (35) von der NSDP, der schon seit Jahren mit einer Nichtregierungsorganisation „Euro-Atlantik-Forum“ den Beitritt Mazedoniens zur NATO propagiert. Kompetent ist auch Dr. Imer Selmani (39, DPA), der nicht nur Stellvertretender Premierminister und Beauftragter für die Implementierung des OFA ist, sondern auch noch Gesundheitsminister.

#### ▪ **Die VMRO- DPMNE unter Nikola Gruevski**

Die VMRO-DPMNE ist eine traditionsreiche Partei, deren Wurzeln bis in die Unabhängigkeitsbewegung gegen die Türken 1893 zurückreicht. Nach der Unabhängigkeit 1990 durch Lubčo Georgievski wieder gegründet, war sie von Anfang an ein Gegenpol zu den transformierten Kommunisten, die in den ersten Jahren regierten. 1998 übernahm die VMRO-DPMNE unter Georgievski erstmals die Regierungsverantwortung, verlor sie aber in Folge der Krise 2001 ein Jahr später wieder bei den Wahlen an die Sozialdemokraten, die zusammen mit

---

<sup>13</sup> VMRO-NP = wörtlich „VMRO-Volkspartei“, Abspaltung von der VMRO-DPMNE unter Führung des ehemaligen Premierministers Lubčo Georgievski

<sup>14</sup> Vgl. Koalitionen und Sitzverteilung im Parlament: <http://www.sobranie.mk/en/default.asp?vidi=izbrez2006>

der DUI ein Koalition bildeten. Durch den Verlust der Macht und die umstrittenen Äußerungen von Georgievski geriet er in den eigenen Reihen immer stärker unter Druck. Auch die internationale Gemeinschaft distanzierte sich von ihm und so blieb ihm nur der Rücktritt im Frühjahr 2003. Gruevski übernahm die Partei und führte sofort einen Kurswechsel in Richtung Westen durch. Er knüpfte erste internationale Kontakte und strebte die Mitgliedschaft bei der Europäischen Volkspartei (EVP) für die VMRO-DPMNE an. Mit seinem früheren Mentor Georgievski, der glaubte im Hintergrund weiterhin die Fäden ziehen zu können, kam es Mitte 2004 zum Bruch. Georgievski gründete seine eigene Partei VMRO-NP<sup>15</sup>, zu der ein Großteil seiner alten Gefolgsleute überwechselte. Was damals als gewaltiger Aderlass erschien, erweist sich aus heutiger Sicht als nützliche Reinigung von innen, da die VMRO-DPMNE damit keine „Altlasten“ mehr in den Reihen birgt. Die erste Bewährungsprobe in der Kommunalwahl 2005 hatte sie bestanden, wenn auch bessere Ergebnisse<sup>16</sup> erwartet worden sind. Die Partei wandelte sich unter Gruevski von einer nationalistischen zu einer werteorientierten konservativen Partei, die mit einem stringenten Programm und moderner Ausrichtung wieder wählbar wurde. Mitte September 2006 wurde der Partei de facto der Beobachterstatus der EVP verliehen.

#### ▪ Innen- und außenpolitische Situation

Innenpolitisch muss auf absehbare Zeit ein Konsens mit der Opposition gefunden werden, sonst können wichtige Vorhaben nicht umgesetzt werden. Der Konflikt mit der DUI, die ihre Rolle als Oppositionspartei nicht annehmen will und den Premier als rechtmäßigen Regierungschef nicht anerkennt, wird sicherlich noch weiter hemmend wirken. Dies wird erschwert durch den Streit, welche Gesetze als Folge des Ochrid Abkommens mit der sog. Doppelten Mehrheit<sup>17</sup> verabschiedet werden müssen. Die Mehrheit der Albaner setzt trotz der polarisierenden Position der DUI auf ein friedliches Zusammenleben mit den slawischen Mazedoniern und ist primär an der Verbesserung der Lebensbedingungen interessiert. Mit der erst kürzlich gewählten neuen SDSM-Vorsitzenden Radmilla Šekerinska scheint Gruevski eine Linie bzgl. des OFA gefunden zu haben, unklar ist noch, ob man sich auch über die innenpolitischen Vorhaben einigen kann. Hier präferiert Gruevski ganz klar die wirtschaftliche Entwicklung. Die Unternehmenssteuern sollen mit künftig zehn Prozent die niedrigsten in Europa werden und so ausländische Unternehmen anlocken. Das Haushaltsdefizit soll um 1,5 % gesenkt und ein Wirtschaftswachstum von jährlich sechs bis acht Prozent des BSP erreicht werden. Das Gesundheitswesen muss dringend reformiert werden, ähnlich wie in Deutschland ist es durch immer weniger Beitragszahler und steigende Kosten ohne staatliche Subventionen nicht mehr finanzierbar.

Außenpolitisch steht die EU- und NATO-Integration an oberster Stelle gleichrangig mit der Lockerung der strengen Visabestimmungen der Schengenstaaten. Hier muss Gruevski erfolgreich sein, denn die Länder, in die die zwei Millionen mazedonischen Staatsbürger ohne Visa reisen können, sind an einer Hand abzählbar, ab 2007 wird auch noch Bulgarien<sup>18</sup> als EU-Mitglied eine Visapflicht einführen. Die Auseinandersetzungen mit Griechenland in der Namensfrage sind immer noch belastend. Mit Spannung wird ein neuer Vorschlag von US-Vermittler Nimitz erwartet. Gruevski will die Beziehungen zu seinem Nachbarn verbessern, da Griechenland der größte ausländische Investor in Mazedonien ist. Mit der ersten Auslandsreise unterstrich Gruevski ganz klar seine Erwartungen an Deutschland. Der Premier bat die

---

<sup>15</sup> Georgievski glaubte damals, dass er und seine Leute die wahre VMRO verkörpern und die alte VMRO-DPMNE unter Gruevski nicht lange überleben werden, da z. B. fast die gesamte Jugendorganisation zur VMRO-NP wechselte. Georgievski blieb wie seine Anhänger weiterhin Mitglied der VMRO-DPMNE, um nach einem erhofften Zusammenbruch der VMRO-DPMNE die Partei wieder übernehmen zu können.

<sup>16</sup> Die VMRO-DPMNE gewann 21 der 85 Bürgermeisterämter, in der Hauptstadt Skopje den Oberbürgermeister und sechs der zehn Stadtteilbürgermeisterämter.

<sup>17</sup> Doppelte Mehrheit im Parlament bedeutet die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten und zusätzlich die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten der Minderheitenparteien.

<sup>18</sup> In den letzten Jahren haben einige Tausend Mazedonier bulgarische Pässe ausgestellt bekommen, weil sie damit visafrei reisen können. Bulgarien vergibt die Pässe ohne großen Aufwand, man muss sich lediglich als Bulgare erklären. Damit untermauert Sofia die immer noch vorherrschende Meinung, dass die Mazedonier eigentlich „Westbulgaren, die schlechtes Bulgarisch sprechen“ sind. Selbst dem ehemaligen Premier Lubčo Georgievski ist im Juli 2006 ein bulgarischer Pass ausgestellt worden.

Bundeskanzlerin um Unterstützung bei der EU-Integration und vor allem in der Visafrage. Ingeheim hofft man während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf die Bekanntgabe eines Datums zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen.

- **Die ersten 100 Tage und Aussichten für die Zukunft**

Premier Gruevski ist sich völlig im Klaren, dass er in den nächsten vier Jahren erfolgreich sein muss, um auch sein eigenes politisches Überleben zu sichern. Gruevski hat zwar erkannt, dass vieles verändert werden muss, allerdings ist noch nicht ganz erkennbar, ob auch die Partner in der Regierungskoalition diese Notwendigkeit erkannt haben. Als erste große Hürde ist das lang umstrittene Polizeigesetz Ende Oktober verabschiedet worden, ein weiterer Schritt bei der Umsetzung des OFA. So langsam erkennt man, dass die neue Mannschaft ihren Stil gefunden hat, die Arbeit wird harmonischer und abgestimmter. Gruevski bat namhafte Personen wie den Stabilitätspaktkoordinator Erhard Busek ihn als Berater zu unterstützen. Bislang sind die großen Investitionen noch ausgeblieben, aber ein Anfang im Kleinen hat begonnen, eine deutsche Firma kauft Gemüse aus Mazedonien für den europäischen Markt auf. Der Stellvertretende Premierminister Stavrevski will die unter der alten Regierung eingeschlafene Mazedonisch-Bayerische-Kommission wiederbeleben, weiß man doch, dass aus Bayern die größten Direktinvestitionen in Kroatien kommen. Die erste Steuersenkung auf landwirtschaftliche Investitionsgüter brachte erwartungsgemäß noch keine Impulse. Die neue Regierung konnte den Internationalen Währungsfond davon überzeugen, dass die geplanten Steuersenkungen gegenfinanzierbar sind und sich das Haushaltsdefizit trotzdem weiter verringern lässt. Ab 1. Januar 2007 werden Einkommens- und Ertragssteuer<sup>19</sup> auf zwölf und ab 2008 auf zehn Prozent gesenkt. Wer in den ausgewiesenen Wirtschaftszonen investiert, wird in den ersten zehn Jahren gänzlich von der Ertragssteuer befreit. Bei der Verabschiedung des Haushalts 2007 (rund 1,8 Mrd. Euro) hatte der Finanzminister deswegen auch eine strikte Ausgabendisziplin von seinen Ministerkollegen gefordert. Bislang genießt der neue Premier und seine Regierung einen guten Ruf als Macher in der Bevölkerung. Unerwartete Besuche auf Märkten oder Spaziergänge über Bazars heben die Umfragewerte und stärken die Bereitschaft, auch unangenehme Maßnahmen hinzunehmen.

Mazedonien hatte eine gute Ausgangslage nach der Unabhängigkeit, aber bislang keine politische Führung mit Weitblick, die daraus etwas gemacht hat. Dass gerade Bulgarien es geschafft hat und EU Mitglied wird, ist in den Augen der Mazedonier unglaublich, denn vor rund zehn Jahren lag Bulgarien weit hinter Mazedonien. Die Umsetzung des ehrgeizigen Wirtschaftskonzepts und der Reformen auf dem Weg in die EU werden die Regierung noch eine Menge Arbeit und Mühen bereiten, dessen ist sich Gruevski bewusst. In rund zweieinhalb Jahren sind Präsidentschaftswahlen und der derzeitige Amtsinhaber Branko Crvenkovski (SDSM) will wiedergewählt werden. Spätestens dann beginnt der Wahlkampf für die Parlamentswahlen in 2010, bis dahin muss Gruevski Erfolge vorweisen können.

Ulrich Kleppmann

---

<sup>19</sup> Die Einkommenssteuer beträgt derzeit gestaffelt 15, 18 oder 24%, die Ertragssteuer derzeit 15%.